



Landeshauptstadt
München
Stadtkämmerei

Finanzanlagenbericht

Landeshauptstadt München

2015

Grundsätzliches	3
1 Konjunktur- und Marktrückblick 2015	5
2 Bestand, Aufteilung und Entwicklung des Assetmanagement-Portfolios	7
2.1 Gesamtportfolio	7
2.2 Finanzreserven	9
2.3 Treuhandvermögen	10
2.4 Stiftungen	11
3 Bestand und Entwicklung des Cash Management-Portfolios	12
4 Risikocontrolling	13
4.1 Schwerpunkte im Jahr 2015	13
4.2 Kontrahenten	13
4.3 Geldanlagen im Sicherungssektor „Staat“	13
4.4 Geldanlagen im Sicherungssektor „Einlagensicherung“	13
4.5 Geldanlagen im Sicherungssektor „Pfandbriefe“	13
4.6 Geldanlagen im Sicherungssektor „sonstige Sicherungen“	14
4.7 Ausblick auf das Jahr 2016	14
5 Marktausblick 2016	15
6 Finanzanlagenplanung 2016	16
6.1 Kassen- und Steueramt, Abteilung 1, Finanzierungsmanagement und Kasse, Assetmanagement	16
6.2 Kassen- und Steueramt, Abteilung 1, Finanzierungsmanagement und Kasse, Cash Management	17
7 Bericht über ethische und ökologische Geldanlagen	18
7.1 Berichtsauftrag	18
7.2 Fondsentwicklung	18
Glossar	19
Finanzreserven – Zweckbestimmung	21
Finanzreserven – Kennzahlen – Mehrjahresübersicht	22
Impressum	23

Stadtratsaufträge und Ziele

Entsprechend dem Stadtratsauftrag aus der Beschlussvorlage „Überprüfung des Finanzmanagements der Stadtkämmerei und Schlussfolgerungen“ vom 17./18.03.2009 wird der Finanzanlagenbericht für das Kalenderjahr 2015 vorgelegt. Der Finanzanlagenbericht informiert über die Anlagen und Strukturen im Vermögensmanagement sowie eventuell erfolgte Anpassungen des Anlagekonzeptes. Ziel des Berichtes ist es, den ehrenamtlichen Stadtrat über die Entwicklung der Finanzanlagen im Berichtszeitraum zu informieren, größtmögliche Transparenz über Einflussfaktoren auf die Ergebnisse herzustellen und soweit angezeigt – zeitnah – Ansatzpunkte für Steuerungsmaßnahmen aufzuzeigen. Gleichzeitig wird auch der Sachstandsbericht über Anlagestruktur und Anteil ethischer und ökologischer Geldanlagen (vgl. Stadtratsbeschluss vom 18./19.12.2007 „Ausrichtung des Vermögensmanagements der Landeshauptstadt München nach ethischen und ökologischen Kriterien“) in diesen Bericht integriert.

Besonderheiten der Berichtserstellung und bei BerichtsDarstellungen

Berichtszeitraum und Datenbasis

Der Finanzanlagenbericht 2015 bezieht sich auf das Kalenderjahr vom 01.01.2015 bis 31.12.2015 und wird dem Stadtrat entsprechend dem Referentenvortrag zum Stadtratsbeschluss vom 02./04.10.2012 „Rückstellungen in den Schuldenbericht aufnehmen“ zusammen mit dem Jahresabschluss 2015 vorgelegt.

Die Übersichtstabellen über die Bestandsveränderungen der Portfolien gehen als Ausgangsbasis zum 01.01.2015 von den Bestandswerten des Jahresabschlusses zum 31.12.2014 aus.

Wertangaben

Zu beachten ist, dass je nach Berichtsgegenstand unterschiedliche Blickwinkel eingenommen werden können und es dadurch zu thematischen Überschneidungen kommen kann. Wird z. B. über den Bestand der von der Kasse verwalteten Mittel berichtet, können darin auch im Rahmen der Einheitskasse verwaltete Treuhandgelder (inkl. Eigenbetriebe) und liquide Mittel von Finanzreserven enthalten sein, die in anderem Zusammenhang bei der jeweiligen Finanzreserve oder beim jeweiligen Treuhandbestand ebenfalls erfasst werden. Je nach Zielsetzung des konkreten Berichts kann es sich bei Angaben zu Wertpapierbeständen um Buchwerte, Kurswerte oder Nominalwerte handeln. Dies ist an betreffender Stelle jeweils vermerkt. Je nach Marktlage können diese Werte teilweise erheblich voneinander abweichen.

Rechtlicher Rahmen

Der rechtliche Rahmen für kommunale Geldanlagen ergibt sich aus den einschlägigen Kommunal- und Stiftungsgesetzen, aus konkretisierenden Stadtratsbeschlüssen und Verwaltungsvereinbarungen mit den treugebenden Organisationseinheiten der Landeshauptstadt München (LHM). Das kommunale Anlageuniversum ist durch Art. 74 Abs. 2 Bayerische Gemeindeordnung (GO) beschränkt, der als

Mussvorschrift vorgibt, dass bei Geldanlagen auf ausreichende Sicherheit zu achten ist. Daneben sollen sie einen angemessenen Ertrag erbringen. Bei dem Verhältnis Sicherheit zum Ertrag hat die Sicherheit deshalb Vorrang. Für selbständige Stiftungen wird laut Bayerischem Stiftungsgesetz eine sichere und wirtschaftliche Vermögensverwaltung gefordert, darunter versteht man den Erhalt des realen Werts des Stiftungskapitals. Die Voraussetzungen für die Geldanlage der rechtlich unselbständigen kommunalen Stiftungen ergeben sich aus Art. 84 GO unter Verweis auf die kommunalen Anlagegrundsätze (s. o.).

Bei den Kassenmitteln hat die Kasse gemäß § 53 Abs.1 Kommunalhaushaltsverordnung-Doppik (KommHV-Doppik) darauf zu achten, dass sie für Auszahlungen rechtzeitig verfügbar sind (Liquiditätsplanung).

Der Bestand an Bargeld und die Guthaben auf den für den Zahlungsverkehr bei Kreditinstituten errichteten Konten sind auf den für Zahlungen notwendigen Umfang zu beschränken. Vorübergehend nicht benötigte Kassenmittel sind so anzulegen, dass sie bei Bedarf verfügbar sind.

Portfoliosicht und Gesichtspunkte des Rechnungswesens

Die Finanzanlagen, die von diesem Bericht erfasst werden, sind einem breiten Spektrum verschiedener Portfolien mit teilweise sehr unterschiedlichen Anlagehorizonten und -strukturen zugeordnet. Sie reichen von

- Mitteln der Kasse

über

- gesetzliche oder vom Stadtrat beschlossene Finanzreserven, Treuhandgelder (z. B. für Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien reservierte Gebühreneinnahmen bzw. -überschüsse) oder Kundengelder der Städtischen Bestattung (Grabpflege und Bestattungsvorsorge)

bis hin zu

- den Mitteln der rechtsfähigen und nichtrechtsfähigen Stiftungen, die getrennt vom Vermögen der LHM zu halten sind.

Nicht erfasst sind Beteiligungen und sonstige Vermögensgegenstände.

Je nach Liquiditätsgrad und Anlagezweck werden die Finanzanlagen im Anlagevermögen bzw. im Umlaufvermögen der Bilanz auf der Aktivseite abgebildet. Dort sind sie allerdings nicht unmittelbar unter dem Blickwinkel des Einzelportfolios ersichtlich, da die einzelnen Positionen der Bilanz nach Liquiditätsgrad gegliedert sind. So können die Mittel eines Portfolios sowohl in den Positionen Geldanlagen Kasse, Wertpapiere des Anlage- und des Umlaufvermögens sowie unter Sonstige Ausleihungen enthalten sein. Dieser Bericht soll die Finanzanlagen dagegen unter Portfolioaspekten aufgliedern und eine dementsprechende Betrachtung ermöglichen. Die gemäß Beschluss Nr. 08-14/V 12310 „Wohnen in München V“ aus der Freiwilligen FR

Pensionen ausgereichten Schuldscheindarlehen an die städtischen Wohnungsbaugesellschaften und mit Geldern der Finanzreserve erworbenen Immobilien aus Ankaufangeboten und Vorkaufsrechtsfällen gegenüber der GBW-Gruppe sind jeweils erfasst.

Mittelflüsse während des Haushaltsjahres, z. B. Einzahlungen aus Wertpapierzinsen, Verkäufen oder Fälligkeiten aus der Auflösung von Finanzanlagen sowie Auszahlungen aus dem Erwerb von Finanzanlagen werden im Rahmen der Cash-Flow-Darstellung im Finanzhaushalt abgebildet. Im Rahmen des jährlichen Jahresabschlusses wird auch über die Summe des Anfangs- und Endbestandes an Finanzmitteln und sonstiger Liquiditätsreserven berichtet.

Alle Aufwendungen und Erträge eines Haushaltsjahres (periodenbezogen) werden im Ergebnishaushalt abgebildet. Im Vergleich zum Finanzhaushalt werden hier auch alle nicht zahlungswirksamen Vorgänge, insbesondere Wertberichtigungen oder Zinsabgrenzungen, erfasst.

Zuständigkeiten

Das Finanzmanagement der Mittel der Finanzreserven, der Stiftungen und sonstigen Treuhand- und Sondervermögen wurde im Berichtszeitraum vom Finanz- und Liquiditätsmanagement der Abteilung 1 des Kassen- und Steueramts wahrgenommen. Diese Einheit ist auch zuständig für die Liquiditätsplanung und das Cash Management der Landeshauptstadt München. Vorübergehend nicht für Auszahlungen benötigte Mittel werden entsprechend längerfristig angelegt.

Das Risikocontrolling ist der Referatsgeschäftsleitung zugeordnet.

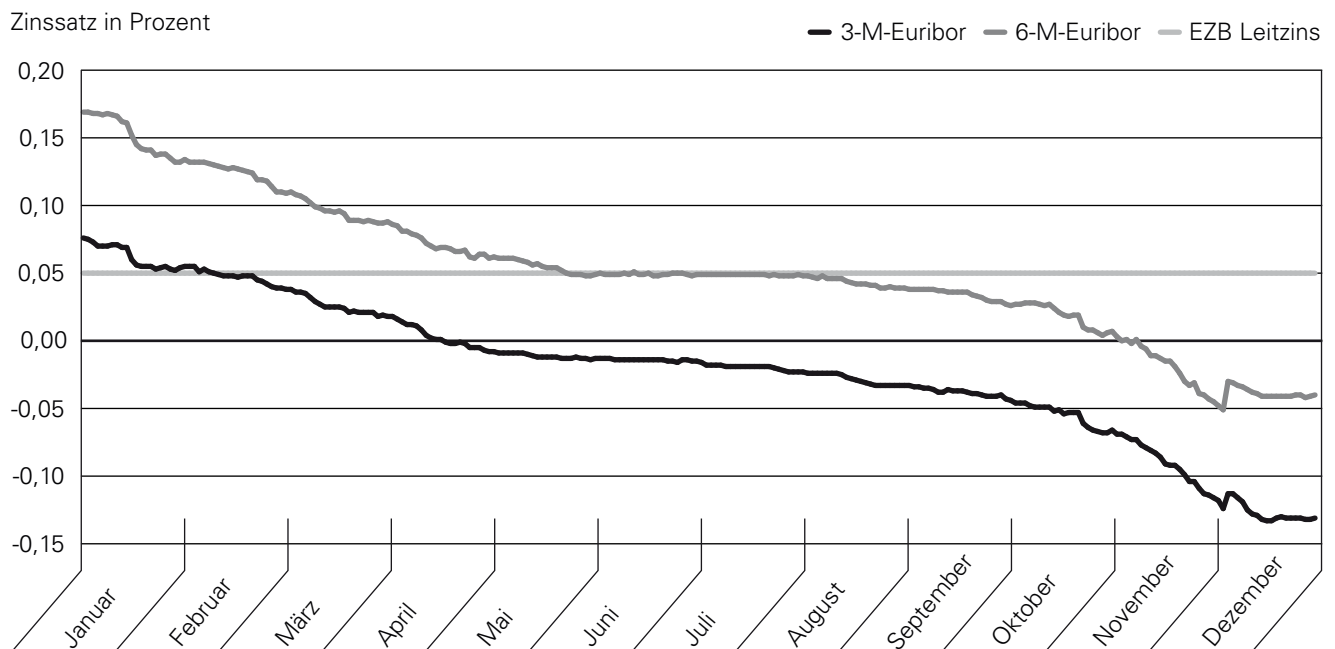
Für das Jahr 2015 wurde erwartet, dass sich der Trend einer sanften Konjunkturerholung in Deutschland wie auch in anderen europäischen Ländern fortsetzen wird. Die Nachwehen der Finanz- und Schuldenkrisen sollten langsam ausklingen, Erfolge bei den eingeleiteten Haushaltskonsolidierungen und ein Greifen der Reformbemühungen vor allem in den sogenannten Peripheriestaaten einsetzen. Dies würde dem einen oder anderen Land das Verlassen der Rettungsschirme ermöglichen und die Finanzierung der Staatshaushalte über die Kapitalmärkte wieder ermöglichen. Verstärkt wurde diese Bewegung durch die weiter rekordniedrigen Zinsen, die in einer entsprechend günstigen Finanzierung mit erheblichen Zinsersparnissen resultierten. Die Zinslandschaft wurde eher seitwärts mit leichtem Zinssteigerungspotential und einer etwas steileren Zinskurve für den Verlauf des Jahres 2015 prognostiziert. Verstärkt wurde der Abwärtstrend der Zinsen durch das gigantische Anleihenankaufprogramm der Europäischen Zentralbank (EZB) mit einem Volumen von einer Billion Euro, das ursprünglich bis September 2016 fortgeführt werden sollte.

Doch schon das erste Halbjahr 2015 konnte mit einigen Überraschungen aufwarten. Die Renditen deutscher Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren waren im April auf ein Rekordtief von 0,05% gefallen, um dann in einer scharfen Gegenbewegung, quasi einem Mini-Crash, um einen Prozentpunkt anzusteigen. Dies sorgte für

erhebliche Unruhe im Markt, da die Ursachen für diese Bewegung relativ unklar blieben. Teilweise war die Rede davon, dass vor allem große Hedgefonds ihre sehr hohen Bestände an Staatsanleihen und die daraus resultierenden Zinsänderungsrisiken abgebaut hatten. Diese Verkäufe trafen auf nur wenige potentielle Investoren und haben den Trend dadurch deutlich verschärft, da die Bereitschaft zur Risikoübernahme auch in den Handelsbüchern der Banken deutlich reduziert ist. Das gesamte Jahr 2015 brachte Investoren gemessen am REXP-Index, der die Gesamtperformance (Zinsertrag und Kursveränderung) deutscher Bundesanleihen widerspiegelt, nur ein Plus von 0,5%. Besser verlief das Jahr bei Europeripherieanleihen mit zehnjähriger Laufzeit aus Spanien mit +1,8% bis zu Italien mit +6,4%. Hier sanken die Risikoaufschläge deutlich. Bei Euro-Industrieanleihen mit guter Bonität stand unter dem Strich ein Verlust von 0,4% und auch die aussichtsreich gestarteten Hochzinsanleihen verloren 4,6% im Jahresverlauf. Gegen Ende des Jahres erfolgte dann die schon lange erwartete erste Leitzinserhöhung der amerikanischen Notenbank FED, die erste seit neun Jahren.

Grafik 1 zeigt, dass die Zinssätze im Geldmarkt weiter auf neue Tiefstände sanken und sich mittlerweile deutlich im negativen Bereich bewegen. Ein abweichendes Bild zeigt sich im Pfandbriefbereich, wo die Renditen für 10-jährige Pfandbriefe nach dem Erreichen von Tiefständen bei ca.

Grafik 1 Geldmarktzins 2015



Quelle: Deutsche Bundesbank

0,5% Ende April im Gefolge des scharfen Zinsanstiegs bei längeren Laufzeiten auf bis zu 1,3% anstiegen um in der zweiten Jahreshälfte leicht auf 1% abzusinken. In der **Grafik 2** ist diese Bewegung zu erkennen. Gleichzeitig sieht man hier auch deutlich, dass die Renditeanstiege bei kürzeren Laufzeiten deutlich geringer ausfielen, im 1-Jahresbereich gänzlich ausblieben. Dies führte zu einer Versteile- rung der Zinsstrukturkurve.

Zur Jahresmitte brach erneut Unsicherheit um das Verblei- ben Griechenlands in der Eurozone und Spekulationen über einen „Grexit“ aus. Dies belastete die Kurse europäischer Aktien. Im August setzte dann noch eine Korrektur an den globalen Aktienmärkten ein, die dem deutschen Aktienindex DAX innerhalb von zehn Handelstagen einen Verlust von 17% bescherten, der amerikanische S&P 500 verlor innerhalb von sechs Handelstagen rund 11%. Als Auslöser galt die Angst vor einem Konjunkturreinbruch in China. Im September führte dann das Bekanntwerden des VW-Ab- gasskandals zu einem weiteren Ausverkauf an den Aktien- märkten. Erst im Oktober setzte eine Gegenreaktion ein, die beim DAX mit einem Jahresergebnis von +9,6% endete. Die Volatilität, also die Bewegung der Kurse innerhalb des Jahres, war enorm hoch, zwischen dem Jahrestief im September bei 9.325 Punkten und dem Rekordhoch im April bei 12.390 Zählern lagen mehr als 3.000 Punkte.

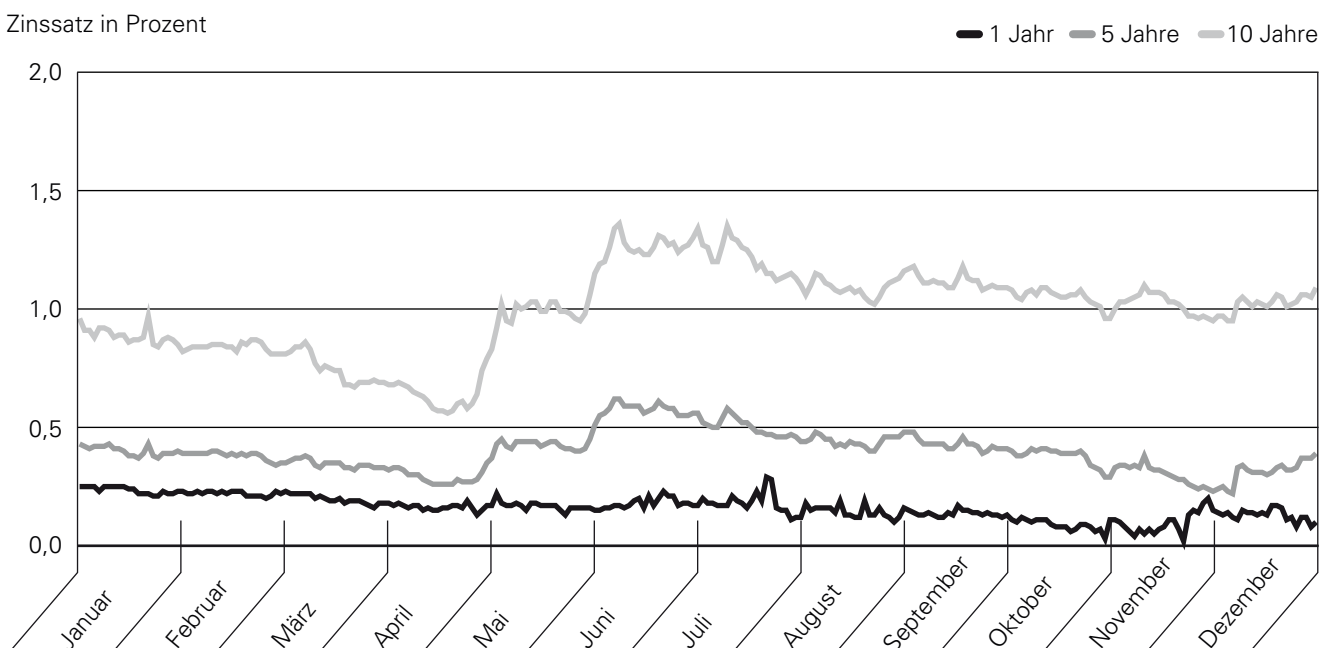
Traditionelle Anleiheninvestoren, vor allem Lebensversiche- rer, Pensionskassen, Bausparkassen und Stiftungen befanden sich weiter in einem „Anlagenotstand“. Sie sind auf die Erzielung laufender Erträge zur Ausschüttung von garantierten Leistungen und Pensionszusagen und zur Erfüllung ihres Stiftungszwecks angewiesen. Dies lässt sich in diesem Zinsumfeld nicht mehr bewerkstelligen. Zuneh- mend wird versucht, im Rahmen der bestehenden Anlage-

richtlinien in bisher nicht genutzte Anlageklassen wie alternative Investments und Infrastrukturprojekte auszuwei- chen oder insgesamt die Anlagerichtlinien um andere Assetklassen, längere Laufzeiten oder gänzlich neue Länderrisiken zu erweitern. Gleichzeitig bedeutet dies aber auch das Eingehen neuer Risiken, die bei sinkenden Risikoaufschlägen und erhöhten Preisschwankungen oft nicht mehr ausreichend honoriert werden. Das Schlagwort von der Assetpreis-inflation macht die Runde.

Die Rohstoffpreise sanken in 2015 ebenfalls stark, geschuldet zum einen der nachlassenden Weltkonjunktur wie auch einem Ölpreis, der um rund ein Drittel gefallen ist. Diese Preisstürze verursachen erhebliche wirtschaftliche Probleme in rohstoff- exportierenden Schwellenländern und den traditionellen Öllieferanten aus dem nahen Osten und Russland, die starke Einnahmeausfälle zu beklagen hatten. Die OPEC sah aber trotz sinkender Nachfrage und spürbarer Überproduktion keinen Anlass zur Drosselung der Produktion.

In Folge der sinkenden Rohstoff- und Energiepreise schwankt die Inflationsrate in der Eurozone um die Nullpro- zentlinie und betrug im Jahr 2015 für Deutschland nur +0,3%. Es herrschte weiter die Befürchtung, dass es zu einer Deflation mit fallenden Preisen in der Eurozone kommen könnte. Dies zwang die Europäische Zentralbank zu weiteren geldpolitischen Entscheidungen, um die Konjunkturbelebung anzukurbeln und die Teuerungsrate wieder in Richtung ihres Zieles von 2% zu bewegen. Das Anleihenankaufprogramm wurde Anfang Dezember 2015 deutlich auf einen Umfang von bis zu 1,5 Billionen Euro erhöht, bis März 2017 verlängert und auf Staats- und Unternehmensanleihen erweitert. Die sogenannte Vollzutei- lung bei Tendergeschäften, mit der sich Banken Liquidität bei der EZB besorgen können, wird ebenfalls bis mindes- tens Ende 2017 beibehalten.

Grafik 2 Kapitalmarktzins 2015 (Öffentlicher Pfandbrief)



Quelle: Deutsche Bundesbank

2.1 Gesamtportfolio

Das städtische Finanzanlagenportfolio besteht aus den Teilportfolien Finanzreserven (FR), Treuhandvermögen und Stiftungen, die in den nachfolgenden Ziff. 2.2 bis 2.4 näher behandelt werden. Das Cash Management findet sich unter Ziff. 3.

Die **Tabelle Nr. 1** zeigt den Bestand zum 01.01.2015, die Bestandsveränderungen, die nicht abgegrenzten Zinseinnahmen sowie den Endbestand des Gesamtportfolios zum 31.12.2015. Die ordentlichen Erträge der Kommunalfonds sind in den genannten Zinseinnahmen nicht enthalten, soweit sie thesauriert, d. h. dem Fondsvermögen zugeschlagen wurden und daher zu keiner Veränderung der Buchwertbestände führten. Die Tabelle enthält jeweils die Buchwerte nach KommHV-Doppik. Nachrichtlich ist auch der Kurswert der Finanzanlagen zum 31.12.2015 genannt. Die Differenz aus Buch- und Kurswert stellt die im Finanzanla-

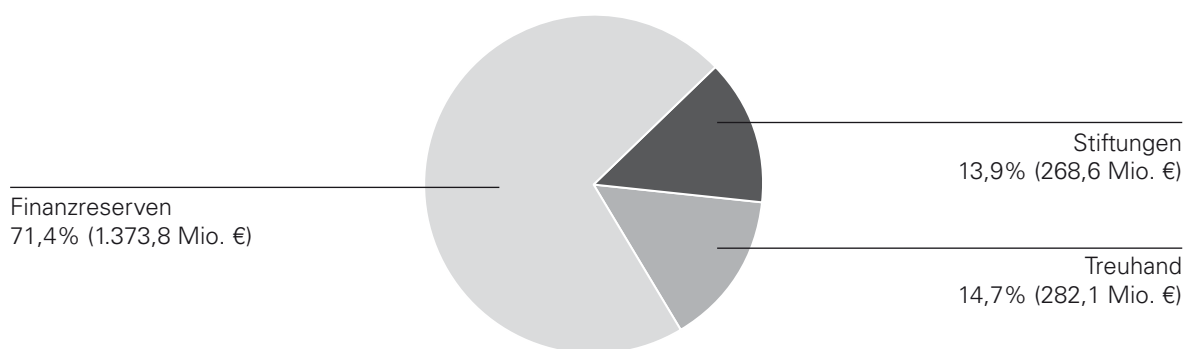
genbestand enthaltenen stillen Reserven dar. Diese betragen zum 31.12.2015 rd. 93 Mio. € und entfallen weitgehend auf die Kommunalfonds, deren Kurswert seit Auflage, die zum Teil bereits 2000 stattfand, zugenommen hat. Ein Teil der Kursgewinne entsteht durch die vorgenommene Zinsthesaurierung in den bestehenden Kommunalfonds, gleichzeitig wirkten sich die stark gesunkenen Marktzinsen durch erhebliche Kurssteigerungen der Anleihen sowohl in den Fondsbeständen wie auch bei den Eigenanlagen positiv auf die unrealisierten stillen Reserven aus. Diese unrealisierten Kursgewinne unterliegen bei einem Anstieg der Zinsen aber auch der Gefahr des Wiederabschmelzens.

Die **Grafik Nr. 3** zeigt die Zusammensetzung des Gesamtportfolios. Die FR nehmen dabei mit fast 1,4 Mrd. € den weitaus größten Anteil (71,4%) an den städtischen Finanzanlagen ein.

Tabelle 1

	Gesamtportfolio		davon Kommunal-/Stiftungsfonds
01.01.15	Bestand (Buchwert) nach Jahresabschluss 2014	1.797,1 Mio. €	308,7 Mio. €
	Bestandsveränderungen	127,4 Mio. €	
	In Bestandsveränderungen berücksichtigte Zinseinnahmen	17,9 Mio. €	1,2 Mio. €
31.12.15	Bestand (Buchwert)	1.924,5 Mio. €	335,4 Mio. €
31.12.15	Bestand (Kurswert)	2.017,4 Mio. €	415,7 Mio. €
	Zinseinnahmen aus Kommunalfonds (Thesaurierung)		7,9 Mio. €

Grafik 3 Aufteilung des Finanzanlagenportfolios nach Teilportfolien per 31.12.2015



Die **Grafik Nr. 4** teilt das Gesamtportfolio in Eigen- und Fremdverwaltung auf. Knapp fünf Sechstel des Portfolios entfallen dabei auf die Eigenanlagen der Stadtkämmerei. Das Verhältnis Eigenanlagen zu Fremdanlagen (Kommunalfonds / Stiftungsfonds) betrug zum Betrachtungsstichtag etwa 5:1 (Vj: 5:1).

Der **Grafik Nr. 5** kann entnommen werden, dass in der Eigenanlage der weitaus größte Teil der Anlagen mit einer Restlaufzeit von bis zu 5 Jahren ausgestattet ist, nur bei einem sehr geringen Teil wurde eine längere Kapitalbindung gewählt. Dies ist den verschiedenen zeitlichen Ausrichtungen der Finanzreserven hinsichtlich ihrer Verfügbarkeit geschuldet. Portfolien mit langlaufenden Anlagehorizonten wie die FR Gesetzliche Versorgungsrücklage sind überwiegend und die Freiwillige FR Pensionen teilweise in Kommunalfonds investiert. Ein Teil der Stiftungsgelder ist in Stiftungsfonds (Kommunalfonds speziell für unsere Stiftungsmittel) investiert. Zwei der Kommunalfonds wurden zum 01.01.2016 um jeweils 5 Jahre verlängert.

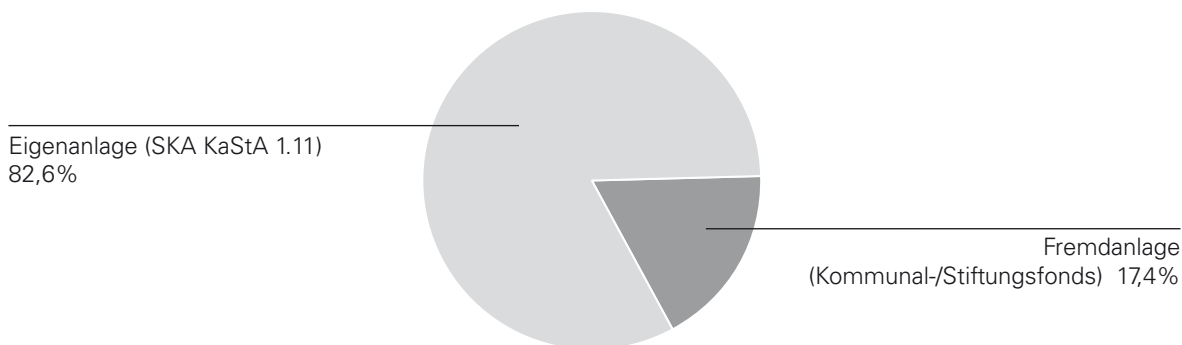
Wie im vergangenen Jahr wurde aufgrund des nach wie vor niedrigen Zinsumfeldes und der damit verbundenen Zins- und Kursrisiken langlaufender Investitionen weiterhin nur noch in Laufzeiten von maximal 4 – 5½ Jahren angelegt. Die an die Wohnungsbaugesellschaften ausgereichten Darlehen weisen Zinsbindungsdauern zwischen zehn und zwanzig Jahren auf.

In der Eigenanlage konnte 2015 für festverzinsliche Wertpapiere eine Rendite aus den ausgeschütteten Zinseinnahmen von durchschnittlich rd. 0,96% (Vj: 1,55%) bezogen auf den durchschnittlichen Anlagebestand erzielt werden. Die relativ niedrige Rendite ist auf das historisch betrachtet sehr niedrige Zinsniveau und die Investitionen im Solva 0- und Solva 10-Bereich durch Kauf von Staatsanleihen und Pfandbriefen zurückzuführen. Weiterhin wird dem Prinzip der Sicherheit Vorrang gegeben.

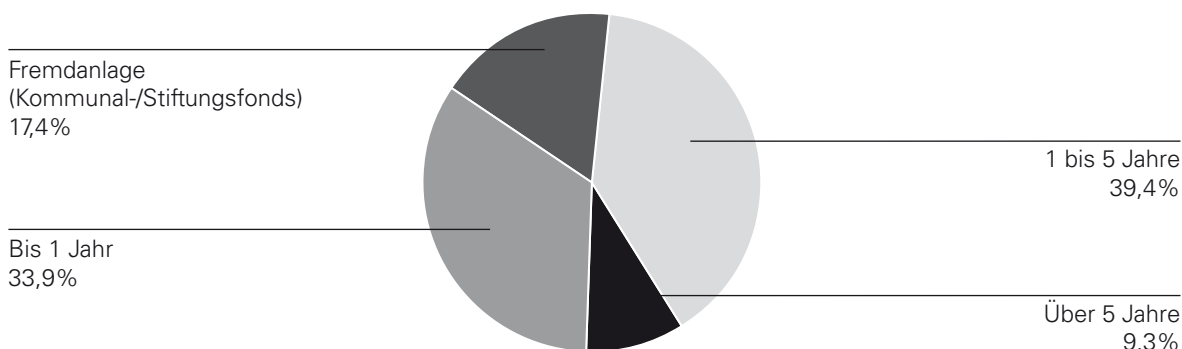
Bei den Fremdanlagen weisen die gemeldeten Durchschnittsrenditen (bezogen auf die Restlaufzeit) der Kommunalfonds eine Rendite von durchschnittlich 0,50% (Vj: 0,80%) aus. Die Durchschnittsperformance lag im Gesamtportfolio der extern verwalteten Mittel im gewichteten Durchschnitt bei rd. 0,36% (Vj: 3,88%). In 2015 verlief trotz Schwankungen die Zinsstruktur nahezu seitwärts, so dass eine Wertentwicklung aufgrund von Kurssteigerungen nicht generiert werden konnte.

Entsprechend der vom Stadtrat mit Beschluss vom 17./18.03.2009 gebilligten Anlagestrategie bestehen bei Kommunal- und Stiftungsfonds keine Aktieninvestments mit Ausnahme des Bayerischen Pensionsfonds zur Gesetzlichen Versorgungsrücklage.

Grafik 4 Aufteilung des Finanzanlagenportfolios nach Eigen- und Fremdanlagen (Kommunal-/Stiftungsfonds) per 31.12.2015



Grafik 5 Aufteilung des Finanzanlagenportfolios nach Laufzeiten per 31.12.2015



2.2 Finanzreserven

Finanzreserven (FR) sind über eine Nebenrechnung erfasste Finanzbestände (Bargeld, Wertpapiere usw.) der LHM oder eines städtischen Treugebers. Sie unterliegen einer durch Gesetz, Vertrag oder Beschluss des Stadtrates festgelegten Zweckbindung und sind dadurch mittel- oder längerfristig der laufenden Finanzmitteldisposition entzogen. Eine Ausnahme bildet in gewisser Weise die Tilgungs- und Investitionsreserve, die grundsätzlich als nicht zweckgebunden bezeichnet werden kann.

Zu Beginn des Jahres 2015 bestanden folgende Finanzreserven:

- Tilgungs- und Investitionsreserve
- Freiwillige FR Pensionen
- FR Gesetzliche Versorgungsrücklage
- FR Entwicklungsmaßnahmen (Nordhaide, Ackermannbogen, Domagkpark, Projekt Freiham, Maßnahmeträgerschaft Riem)
- FR Altersteilzeit
- FR Sozialgerechte Bodennutzung (SoBoN)
- FR Stellplatzablöse nach BayBO
- FR SWM Innenstadtbüros
- FR Olympia Ruderregatta-Anlage

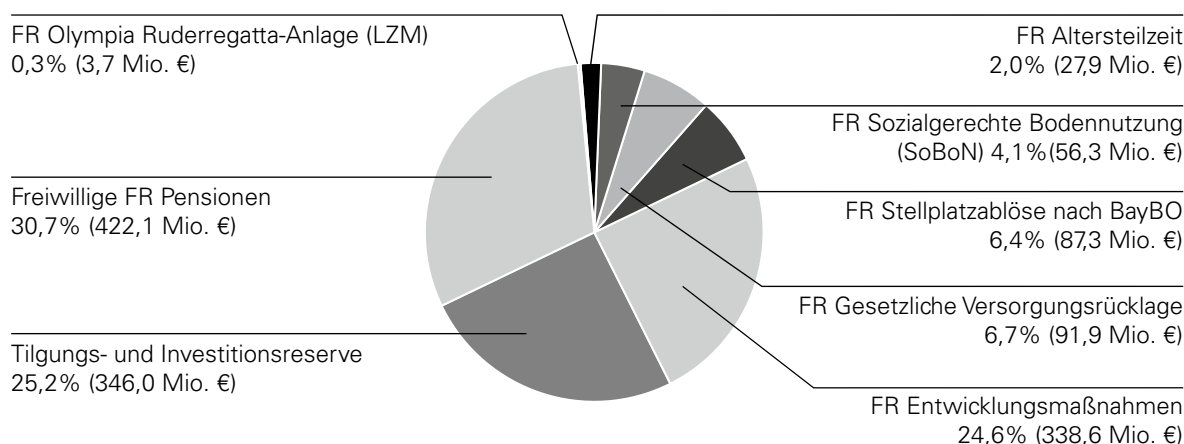
Im abgelaufenen Jahr wurde die Finanzreserve „Entwicklungsmaßnahme Projekt Freiham“ aufgrund der negativen Bestandsentwicklung von einem rechnerisch positiven Saldo in den Minusbereich (getätigte Investitionen übersteigen die erzielten Einnahmen z. B. aus Grundstücksverkäufen) aus der Aufstellung herausgenommen, da hier keine Finanzmittel zur Anlage zur Verfügung stehen.

In der Sitzung vom 21.10.2015 hat der Stadtrat den Ankauf von Immobilien der SWM GmbH beschlossen (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 04514), darunter befanden sich auch Gebäude, die von der LHM angemietet und für die in der Vergangenheit Ankaufsoptionen für die LHM vereinbart worden waren. Zur Sicherung der in der Zukunft fälligen Kaufpreiszahlung bei Ausübung der Kaufoptionen wurde die FR SWM Innenstadtbüros eingerichtet. Durch den Ankauf der betroffenen Immobilien wurde diese FR obsolet und gem. Stadtratsbeschluss vom 21.10.2015 der Tilgungs- und Investitionsreserve zugeordnet.

Wie die nachfolgende **Grafik Nr. 6** zeigt, nehmen die Tilgungs- und Investitionsreserve, die freiwillige FR Pensionen und die FR Entwicklungsmaßnahmen mit zusammen rd. 80,5% (Vj.: 78,4%) den größten Anteil an den gesamten FR ein.

Für jede FR werden ihre Art, ihre Rechtsgrundlage (z. B. gesetzliche oder vertragliche Grundlage, Stadtratsbeschluss), ihr Zweck und die einzuhaltenden Anlagegrundsätze (gesetzliche, politische, Verwaltungsvorgaben) in einer „Finanzreserven-Identifikation“ beschrieben. Daneben werden in einem „Anlageprofil“ jeweils die Art der Vermögensanlage (Fremd-/Eigenanlage), Anlagezeitraum, -ziel und -konzeption, eventuelle Ertragsvorgaben und -ziele, zugelassene Marktkategorien und Bonitäten und das zur Verfügung stehende Anlageuniversum festgelegt.

Grafik 6 Verteilung der Finanzreserven per 31.12.2015



Die Mittel werden unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Zu- und Abflüsse in enger Abstimmung mit dem jeweils zuständigen Fachreferat angelegt. Hierzu findet jährlich in der Regel im ersten Halbjahr eine sog. Anlagekonferenz statt. Zudem wurden aus der FR Pensionen Mittel zur Förderung des Wohnungsneubaus an die städtischen Wohnungsbaugesellschaften zugesagt und Mittel zum Ankauf von rentierlichen Objekten aus Ankaufsrechten der GBW-Gruppe reserviert.

Eine Übersicht über die Zweckbindungen der einzelnen FR wird **im Anhang unter – Finanzreserven – Zweckbestimmung** – dargestellt.

Tabelle 2

	Finanzreserven		davon Kommunalfonds
01.01.15	Bestand (Buchwert) nach Jahresabschluss 2014	1.253,2 Mio. €	185,8 Mio. €
	Bestandsveränderungen	120,6 Mio. €	
	In Bestandsveränderungen berücksichtigte Zinseinnahmen	12,1 Mio. €	
31.12.15	Bestand (Buchwert)	1.373,8 Mio. €	203,4 Mio. €
31.12.15	Bestand (Kurswert)	1.453,6 Mio. €	274,1 Mio. €
	Zinseinnahmen aus Kommunalfonds (Thesaurierung)		7,8 Mio. €

Bei den FR konnte 2015 in der Eigenanlage für festverzinsliche Rentenanlagen eine Rendite von durchschnittlich 0,92% (Vj: 1,56%) aus den ausgeschütteten Zinseinnahmen bezogen auf den durchschnittlichen Anlagebestand erzielt werden. Der Renditerückgang beruht auf dem allgemein niedrigeren Zinsniveau für Neuanlagen und dem Auslaufen von Anlagen mit höherer Verzinsung, die in der Vergangenheit abgeschlossen wurden.

Die aktuelle Rendite der Renten in den Kommunalfonds von Finanzreserven belief sich nach den Angaben der Kapitalanlagegesellschaften im Durchschnitt auf rd. 0,55% (Vj: 0,87%). Die Durchschnittsperformance der Kommunalfonds, die sich aus der Entwicklung des jeweiligen Fondsanteilspreises ergibt, lag im gewichteten Durchschnitt beim Teilportfolio Finanzreserven bei rd. 0,56% (Vj: 4,11%).

Mit einer Jahresperformance von 1,59% (Vj: 10,33%) erreichte der Bayerische Pensionsfonds wieder ein im Vergleich zu den anderen Kommunalfonds gutes Ergebnis. Er konnte durch seinen weiter vorhandenen Aktienanteil maßgeblich von der positiven Entwicklung im Aktiensegment profitieren, aber bei weitem nicht an das überaus positive Vorjahresergebnis anknüpfen, da Kurssteigerungen im Rentensegment weitgehend ausblieben. Er verwaltet Mittel der Gesetzlichen Versorgungsrücklage für Beamte der Bayerischen Gemeinden.

Ohne seine Berücksichtigung liegt die Durchschnittsperformance der Kommunalfonds bei rd. 0,07% (Vj: 1,71%).

Die Bestände und Bestandsveränderungen der FR im Berichtszeitraum sind aus **Tabelle Nr. 2** ersichtlich.

Im Bereich der FR bestehen aktuell vier Kommunalfondsmandate, wovon drei auf die Freiwillige FR Pensionen entfallen. Die FR Gesetzliche Versorgungsrücklage ist zum großen Teil im Bayerischen Pensionsfonds der Bayerischen Versorgungskammer investiert, der im Gegensatz zu den Kommunalfonds der LHM nach wie vor Aktien hält (Ende 2015: rd. 23,2%, Vj: rd. 22,8%).

2.3 Treuhandvermögen

Im Einzelnen handelt es sich um folgende treuhänderisch verwaltete Gelder:

- Abfallwirtschaftsbetrieb: Pensionszusagen, Altersteilzeit, Deponie-Schadensvorsorge, Deponie-Unterhaltsfolgelasten, AWM Zentral, Rückbau des Block 3 im Heizkraftwerk (HKW) Nord und die Rücklage für die Nachsorge der Deponie Großlappen.
- Städtische Bestattung: Bestattungsvorsorge, Grabpflege.
- Münchner Kammerspiele: Rücklagen des Eigenbetriebes.
- Sonstige Treuhandvermögen: Pensionsmittel weiterer Eigenbetriebe, Mündelgelder u. a.

Die **Grafik Nr. 7** zeigt die Zusammensetzung des gesamten Treuhandmittelbestandes. Für die Treuhandgelder konnte eine Rendite von durchschnittlich 1,00% (Vj: 1,37%) aus den ausgeschütteten Zinseinnahmen bezogen auf den durchschnittlichen Anlagebestand erzielt werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass bei der Anlage der anvertrauten Mittel teilweise sehr unterschiedliche Vorgaben der Treugeber zu beachten sind.

Die Treuhandmittelbestände entwickelten sich im Berichtszeitraum wie in **Tabelle Nr. 3** dargestellt.

Grafik 7 Verteilung des Treuhandvermögens per 31.12.2015

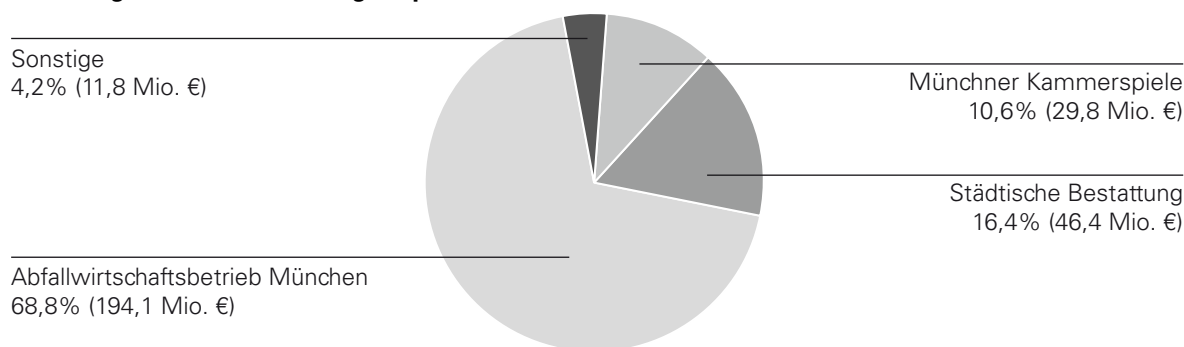


Tabelle 3

	Treuhandvermögen		davon Kommunalfonds *)
01.01.15	Bestand (Buchwert) nach Jahresabschluss 2014	280,7 Mio. €	2,9 Mio. €
	Bestandsveränderungen	1,4 Mio. €	
	In Bestandsveränderungen berücksichtigte Zinseinnahmen	2,8 Mio. €	
31.12.15	Bestand (Buchwert)	282,1 Mio. €	3,7 Mio. €
31.12.15	Bestand (Kurswert)	286,3 Mio. €	4,8 Mio. €
	Zinseinnahmen aus Kommunalfonds (Thesaurierung)		0,1 Mio. €

*) Beteiligung MSE und Stadtgüter München am Bayerischen Pensionsfonds

2.4 Stiftungen

Im Jahr 2015 wurden zwei neue Stiftungen errichtet. Von den nun 202 Stiftungen, deren Finanzvermögen von der LHM verwaltet wird, entfallen 58 auf selbständige Stiftungen und 144 auf unselbständige Stiftungen. Bei 171 Stiftungen handelt es sich um Stiftungen des Sozialreferates für soziale Zwecke, 31 Stiftungen werden mit anderer Zielausrichtung (z. B. im gesundheitlichen, kulturellen oder schulischen Bereich) geführt.

Die LHM hat für die selbständigen und unselbständigen Stiftungen des Sozialreferates im Jahr 2003 jeweils einen Fonds aufgelegt, dabei wird der Sicherheit des Grundstockkapitalvermögens der Stiftungen oberste Priorität eingeräumt. In den beiden Fonds sind die Kapitalvermögen der „kleinen“ Stiftungen (134 Stiftungen mit einem Kapitalvermögen unter 1,5 Mio. €) komplett und die Hälfte der Finanzanlagen der „großen“ Stiftungen (37 Stiftungen mit einem Kapitalvermögen über 1,5 Mio. €) investiert. Die Ergebnisse und Besonderheiten der Stiftungsanlagen werden, entsprechend der bestehenden Verwaltungsvereinbarung, zweimal jährlich mit der Stiftungsverwaltung des Sozialreferates erörtert.

Bei den übrigen 31 Stiftungen wurde die Anlagestrategie und die Laufzeit, entsprechend den Vorgaben der zuständigen Referate, ausgearbeitet und, je nach Kapitalbedarf der Stiftung und unter Berücksichtigung der Marktentwicklung, ausgerichtet.

Die Entwicklung der gesamten Stiftungsbestände stellte sich im Jahr 2015 wie in **Tabelle Nr. 4** aufgezeigt dar.

Die Rendite der Eigenanlagen im Rentenbereich betrug bei den Stiftungen im Durchschnitt rd. 1,13% (Vj: 1,83%) aus den ausgeschütteten Zinseinnahmen (ohne Ausschüttungen aus den Stiftungsfonds) bezogen auf den durchschnittlichen Anlagebestand.

Die in den beiden Stiftungsfonds investierten Mittel erwirtschafteten gemäß Angaben der Kapitalanlagegesellschaft eine durchschnittliche Rendite des Rentenanteils von rd. 0,40% (Vj: 0,68%). Die Durchschnittsperformance der Stiftungsfonds, die sich aus der Entwicklung des jeweiligen Fondsanteilspreises ergibt, lag im gewichteten Durchschnitt bei rd. -0,041% (Vj: 3,42%).

Tabelle 4

	Stiftungen		davon Stiftungsfonds
01.01.15	Bestand (Buchwert) nach Jahresabschluss 2014	263,1 Mio. €	120,0 Mio. €
	Bestandsveränderungen	5,5 Mio. €	
	In Bestandsveränderungen berücksichtigte Zinseinnahmen	3,0 Mio. €	1,2 Mio. €
31.12.15	Bestand (Buchwert)	268,6 Mio. €	128,3 Mio. €
31.12.15	Bestand (Kurswert)	277,5 Mio. €	136,9 Mio. €

Die Höhe der Geldanlagen im Kassenbestand hat sich in 2015 von 979,8 Mio. € (Stand: 01.01.2015) auf 601,9 Mio. € (Stand: 31.12.2015) verringert.

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung 2015:

01.01.2015	Bestand	979,8 Mio. €
	Bestandsveränderungen	-377,9 Mio. €
	In Bestandsveränderungen berücksichtigte Zinseinnahmen	5,4 Mio. €
31.12.2015	Bestand	601,9 Mio. €

Die **Grafik Nr. 8** gibt einen Überblick über die Anlageklassen.

Im Stadtratsbeschluss vom 17./18.03.2009 wurden die Zielprioritäten für Geldanlagen von Kassenmitteln festgelegt. Diese Kriterienreihenfolge stellt den Rahmen für jede Geldanlageentscheidung im Bereich Cash Management dar:

1. Sicherheit
2. Verfügbarkeit
3. Rendite (inklusive Werterhalt)

Kassenmittel müssen stets und in schwierigen Zeiten im Besonderen sicher angelegt werden. Das Cash Management achtet bei der Auswahl ihrer Geschäftspartner daher vornehmlich auf deren Bonitäten. Originär ist das Risikoccontrolling für die Einhaltung dieses Ziels verantwortlich (vgl. Ziff. 4).

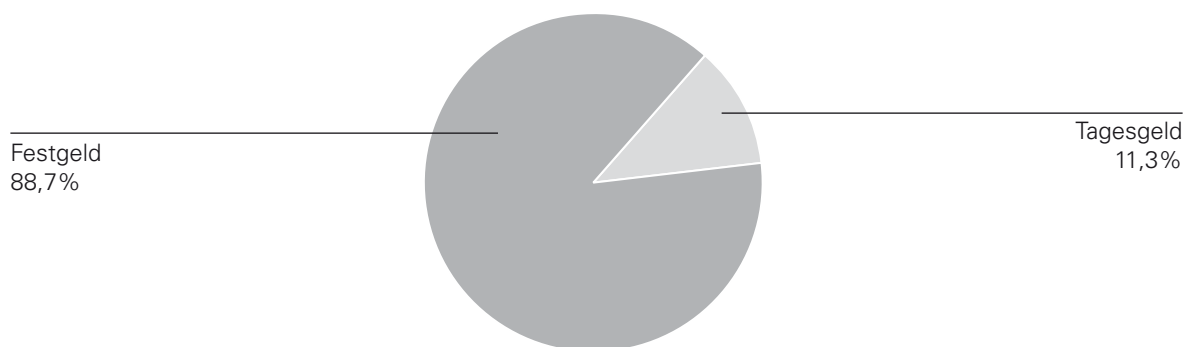
Ziel jeder Liquiditäts- und Finanzplanung ist die Sicherstellung der Zahlungsbereitschaft eines Unternehmens oder einer Organisation. Das Cash Management ist für die Liquiditätsplanung der LHM zuständig. Eine Stadt von der

Größe Münchens benötigt einen täglich verfügbaren Tagesgeldbestand von ca. 150 Mio. €, um gegen kurzfristige, nicht planbare Auszahlungen (z. B. Gewerbesteuererstattungen) gewappnet zu sein. Dieser Zielkorridor konnte in 2015 fast immer eingehalten werden. Über den Tagesgeldbestand hinausgehende Liquidität wurde entsprechend der Liquiditätsplanung in Festgeldern und Wertpapieren angelegt. Das Cash Management stellte in 2015 die ausreichende Verfügbarkeit von Geldern sicher und konnte damit auch größere, kurzfristig gemeldete Zahlungen meistern.

Der Werterhalt gehört zwar nicht unmittelbar zu den drei klassischen Zielen einer Geldanlage (Sicherheit, Rendite, Verfügbarkeit), kann aber als eine Spezifikation des Renditeziels verstanden werden. Vor dem Hintergrund stark rückläufiger Zinssätze zu Beginn der Jahres 2009 wurde dieses Kriterium gesondert im Beschluss des Stadtrats vom 17./18.03.2009 „Überprüfung des Finanzmanagements der Stadtkämmerei und Schlussfolgerungen“ festgehalten. Auch in 2015 setzte die EZB ihre stark expansive Geldpolitik fort, um die Liquiditätsversorgung des Bankensystems sicherzustellen und finanzschwache Euro-Staaten zu unterstützen. Durch die Fortsetzung dieser Geldpolitik gaben die Zinssätze am Geldmarkt im Berichtszeitraum weiter nach und drehten teilweise sogar in den negativen Bereich.

Vor diesem schwierigen, geldpolitischen Hintergrund konnte das Cash Management das Ziel „Walterhalt“ im Berichtszeitraum erreichen. Die Rendite der Kassenanlagen lag in 2015 bei 0,50% p.a. (Vj: 0,68% p. a.); die Inflationsrate betrug für das Jahr 2015 bundesweit 0,3%, die Mittelanlage zu negativen Zinssätzen konnte aber durch weite Streuung vermieden werden.

Grafik 8 Übersicht über die Anlageklassen per 31.12.2015



4.1 Schwerpunkte im Jahr 2015

Das Jahr 2015 stand weiterhin im Fokus der auf breiter Front zurückgehenden Zinssätze. Zu Beginn des Jahres notierten lediglich der EONIA und der 1-Wochen-Euribor negativ (-0,070% beziehungsweise -0,039%). Der Referenzzins des 1-Monats-Euribor sowie alle Referenzzinssätze mit darüber hinausgehenden Laufzeiten notierten noch positiv. Zum Jahresende waren bereits alle Referenzzinssätze mit einer Laufzeit bis zu einschließlich 6 Monate im negativen Bereich (zwischen -0,238% und -0,04%).

Es wurde im Rahmen der Eigenanlage immer schwieriger, negative Zinsen zu vermeiden. Die Anzahl der Kontrahenten, die gerade im kurzfristigen Bereich für eine Anlage ohne Negativzinsen in Frage kamen, verringerte sich insbesondere ab Sommer 2015 deutlich.

Des Weiteren standen die Auswirkungen der das Jahr 2015 beherrschenden Krisen (zum Beispiel Russland-Ukraine-Krise, Griechenland-Krise, Freigabe des Franken-Wechselkurses) auf die Stabilität und Sicherheit der Banken im Fokus. Hierbei war stets die Sicherheit der Geld- und Kapitalanlagen der Landeshauptstadt München der zentrale Augenmerk. Die Sicherheit war im Jahr 2015 zu jedem Zeitpunkt gewährleistet.

In den einzelnen Bereichen war die Situation 2015 wie folgt:

4.2 Kontrahenten

Stand 31.12.2015 waren (Vorjahreswerte jeweils in Klammern) 94 (110) Kontrahenten für Geschäftsabschlüsse grundsätzlich freigegeben. 4 (1) Kontrahenten standen auf der Beobachtungsliste, d. h. waren nur für Geschäfte auf Tagesgeldbasis freigegeben.

Veränderungen der Kennzahlen von Kontrahenten (z. B. Rating, Höhe des haftenden Eigenkapitals usw.) führten laufend zu Anpassungen der Limite, dies betrifft sowohl Limiteinschränkungen als auch kleinere Limiterhöhungen.

4.3 Geldanlagen im Sicherungssektor „Staat“

Eigenanlagen in deutsche Staatspapiere beziehungsweise staatlich abgesicherte Wertpapiere blieben auch 2015 ein Schwerpunkt im Gesamtportfolio. Dieser Sicherungssektor genießt nach wie vor die höchste Sicherheitseinstufung, bietet aber so gut wie keine Renditechancen mehr.

Durch die Beschränkung auf deutsche Staatspapiere (Bund, Länder) und, zum kleinen Teil, europäische Institutionen (zum Beispiel EFSF) sind im Jahr 2015 keinerlei Probleme in diesem Sicherungssektor zu verzeichnen gewesen.

4.4 Geldanlagen im Sicherungssektor „Einlagensicherung“

In diesem Bereich beschränken sich die Geld-/Kapitalanlagen im Wesentlichen auf Banken, die deutschen Einlagensicherungssystemen angehören. Die Möglichkeit, bei Banken, die der Einlagensicherungen der Genossenschaftsbanken in Österreich (Volks- und Raiffeisenbanken) angehören, Anlagen zu tätigen, wurde in 2015 für die Zukunft auf Geschäfte auf Tagesgeldbasis beschränkt. Eine Öffnung auf andere ausländische Einlagensicherungssysteme ist möglich, sofern diese bezüglich der Schutzwirkung gleichrangig mit den deutschen Regelungen sind. Hiervon wurde in 2015 jedoch nicht Gebrauch gemacht.

Die Höchstgrenze bei der freiwilligen Einlagensicherung der Privatbanken wurde zum 01.01.2015 von 30% auf 20% des maßgeblichen Eigenkapitals der Bank pro Anleger gesenkt: Die Limitveränderungen, die sich durch diese Absenkung ergaben, wurden bereits Ende 2014 umgesetzt.

4.5 Geldanlagen im Sicherungssektor „Pfandbriefe“

In diesem Sicherungssektor sind nur Geld-/Kapitalanlagen zugelassen, deren gesetzliche Bestimmungen im Pfandbriefrecht mindestens gleichwertig den vergleichsweise strengen deutschen Regelungen sind.

Die Ratings der sogenannten Deckungsstöcke waren im Jahr 2015 stabil beziehungsweise nahmen in einzelnen Fällen eine positive Entwicklung, was in diesen Fällen bei den Limiten positiv berücksichtigt werden konnte.

Da die erzielbaren Renditen in diesem Sicherungssektor gegenüber den Staatspapieren immer noch geringfügig besser sind (bei ähnlichem Sicherungsniveau), blieb der Anteil am Gesamtportfolio im Jahr 2015 weiterhin hoch. Im ganzen Jahr 2015 handelte es sich bei den Pfandbriefen um die stärkste Klasse des Asset-Managements.

Im Laufe des Jahres 2015 wurde verstärkt geprüft, ob ein Erwerb von Pfandbriefen aus Norwegen, Schweden, Finnland, Niederlande und / oder Belgien für die Landeshauptstadt München in Frage käme. Grund hierfür war einerseits eine höhere Renditeerwartung und andererseits die Hoffnung auf eine Verbreiterung des Angebots. Da sich aber insbesondere die erwarteten Renditechancen deutlich verringerten, wurden diese Überlegungen in den letzten Monaten auf Initiative des Fachbereichs nicht weiter verfolgt.

4.6 Geldanlagen im Sicherungssektor „sonstige Sicherungen“

Geld-/Kapitalanlagen in diesem Sicherungssektor waren auch im Jahr 2015 nur in sehr geringem Maße zu verzeichnen. Aufgrund der starken Limitierung (max. 5% der Gesamtanlagen) werden in diesem Sicherungssektor keine Schwierigkeiten erwartet beziehungsweise waren in 2015 auch keine Probleme zu verzeichnen.

4.7 Ausblick auf das Jahr 2016

Die Steuerung und Überwachung der Geld-/Kapitalanlagen sowie der Kontrahenten ist sicher etabliert und eingespielt. Im ersten Halbjahr Jahr 2016 wird eine stärkere IT-Unterstützung dieser Aufgaben umgesetzt, die eine noch zeitnähere Überwachung ermöglichen wird.

Das Anleihenkaufprogramm der EZB führt auch weiterhin zu einer Verknappung der Papiere am Markt. Es wird somit grundsätzlich weiterhin eine Herausforderung bleiben, geeignete Anlagemöglichkeiten (insbesondere mit positiven Renditen) zu finden. Da jedoch laut Haushaltsplanung 2016 zu erwarten ist, dass das Anlagevolumen der Stadtverwaltung in 2016 sinken wird, wird dieses Problem nicht die noch vor einem Jahr erwartete Dimension annehmen.

Die Überlegungen zur Europäischen Einlagensicherung (3. Säule der EU-Bankenunion) werden in 2016 voraussichtlich abgeschlossen werden, da die europäische Einlagensicherung ab 2017 schrittweise eingeführt werden soll. Die Widerstände von deutschen Banken, insbesondere des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, sind erheblich. Die konkreten Auswirkungen auf das Risikocontrolling werden kontinuierlich beobachtet. Bei Bedarf werden entsprechende Anpassungen vorgenommen.

Das Jahr 2016 wird wohl erneut mit Überraschungen aufwarten, unklar ist bisher nur, welche dies in diesem Jahr sein werden. Seit dem Ausbruch der sog. Sub-Prime-Krise in den USA Mitte 2007, die im Gefolge auch die Finanzmärkte anderer Industrieländer erreichte und eine weltweite Finanz- und Konjunkturkrise auslöste, machen Volkswirte, Finanzanalysten, Zentralbanken, Kapitalanleger und alle anderen Akteure im Wirtschaftskreislauf und an den Finanzmärkten die Erfahrung, dass gerade Ereignisse, die bisher in Theorie und Praxis für unmöglich gehalten wurden, doch eintreten können. Die Niedrigzinspolitik in der Eurozone hat inzwischen zu Renditetiefständen in allen Segmenten geführt. Die EZB verlangt für die kurzfristige Anlage von Mitteln der Banken im Rahmen der Einlagefazilität seit März 2016 - 0,4%. Dies alles war noch vor wenigen Jahren undenkbar. Selbst in Japan, das schon seit fast dreißig Jahren gegen ein deflationäres Umfeld mit einer ausgeprägten Niedrigzinsphase kämpft, wurden erst jüngst erstmals Negativzinsen eingeführt, in der Schweiz erhebt die Schweizer Nationalbank seit Ende 2014 Negativzinsen für Giro Guthaben über 10 Mio. SFR in Höhe von 0,75%.

Die aktuellen Prognosen für das Wirtschaftswachstum gehen für Deutschland für das Jahr 2016 von einem Wachstum von ca. 1,7% aus, das überwiegend von der Binnennachfrage gestützt werden wird, die Beschäftigung wird weiter ansteigen, der Arbeitsmarkt sich solide entwickeln. Da sowohl Rohstoff- wie auch Energiepreise vergleichsweise niedrig bleiben werden, wird auch von der Inflationsseite keine erhebliche Steigerung erwartet, die Bundesbank geht aktuell von +0,25% für Deutschland aus. Etwas schlechter sind die Aussichten für deutsche Exporte, da sich das Wirtschaftsklima weltweit weiter eintrübt. Neben dem anhaltenden Wachstumsrückgang in China verschlechtern sich auch die Aussichten in den Schwellenländern, da vor allem rohstoffexportierende Länder mit starken Preiseinbrüchen und sinkenden Erlösen zu kämpfen haben. In den europäischen Reformstaaten wird für Spanien eine überdurchschnittlich gute Entwicklung erwartet, während z. B. Italien wieder hinter dem Wachstumsdurchschnitt der Eurozone zurückbleiben könnte und auch in Ländern wie Frankreich und Portugal immer wieder Probleme bei der Erreichung von Reformzielen auftreten.

Für die EZB bedeutet dies, dass sie weiterhin mit einer Politik des billigen Geldes versuchen wird, Wirtschaftswachstum durch verstärkte Kreditvergabe anzukurbeln und ein Einsetzen deflatorischer Tendenzen zu bekämpfen. In der EZB-Sitzung von Anfang März 2016 hat sie dies auch energisch kundgetan, zur Überraschung und teilweise zum Entsetzen der Beobachter in sehr deutlicher Form: der Einlagezins wurde von - 0,3% auf - 0,4% gesenkt, statt 60 Mrd. € im Monat werden nun 80 Mrd. € Anleihen pro Monat angekauft (die Programmlaufzeit wurde bis mindestens März 2017 verlängert), dazu kommen neben Staatsanleihen nun voraussichtlich auch Unternehmensanleihen, der Leitzins wurde von 0,3% auf 0,25% gesenkt. Der EZB-Präsident bezeichnete diese Maßnahmen als angemessene Reaktion auf die „signifikant“ veränderten Wachstums- und Inflationsaussichten. Gleichzeitig gab er bekannt, dass die EZB ihre Wachstums- und Inflationsprognosen für die Eurozone nach unten korrigiert: Sie rechne 2016 mit einem Plus von 1,4%, 2017 mit einem Wachstum von 1,7% und

2018 mit 1,8%. Im Herbst hatte die EZB noch ein Wachstum von 1,7% in diesem und 1,9% im kommenden Jahr prognostiziert.

Ihre Inflationserwartung senkte die EZB noch deutlicher: Bislang hatte sie mit einer Inflationsrate von 1,0% gerechnet, nun erwartet sie lediglich 0,1%. 2017 soll die Inflation dann 1,3% betragen.

Im Unterschied dazu stellt sich die Situation in den USA dar: die FED hat im Dezember 2015 die lange erwartete Zinswende mit einer Leitzinserhöhung eingeleitet, der in diesem Jahr wohl noch ein bis zwei Erhöhungen folgen werden. Allerdings geht auch sie davon aus, dass die Wachstumsgeschwindigkeit relativ graduell sein wird.

Bedeutendster weltwirtschaftlicher Risikofaktor wird weiter die Wirtschaftsentwicklung in China sein. Hier haben sich enorme Überkapazitäten z. B. in der stahlproduzierenden Industrie, bei Staatsunternehmen und im Bankenbereich aufgebaut, die nun abgebaut werden müssen. Gleichzeitig entwickelt die chinesische Währung Renmimbi weitere Abwertungstendenzen.

Für die Rentenmärkte bedeutet diese Entwicklung aber allenfalls ein geringes Risiko von Zinsanstiegen, da die Geldpolitik weiter expansiv bleiben wird. Die Kreditvergabe nimmt zwar erstmals seit drei Jahren wieder zu, allerdings noch nicht im erhofften Umfang.

Wegen der niedrigen Ausgangsbasis im Zinsniveau führen bereits leichte Kursrückgänge zu negativen Performancebeiträgen, da kein ausreichender Puffer von der Ertragsseite vorhanden ist, Kapitalgarantien lassen sich ohne Kapitaleinsatz nicht mehr darstellen. Für Stiftungen werden die laufenden Erträge durch das Fälligwerden alter, hochverzinseter Anlagen, die nur noch zu deutlich niedrigeren Konditionen wieder angelegt werden können, massiv verringert. Lebensversicherer und Pensionskassen können zugesagte Garantieverzinsungen nicht mehr halten und Bausparkassen werden weiter versuchen auf dem Kündigungsweg aus alten Verträgen mit hoher Verzinsung auszusteiern.

Für Investoren bleibt die Kapitalanlage damit ein weiter sehr schwieriges Thema. Ein sicherheitsorientiertes Vorhalten von Liquidität kostet inzwischen „echtes“ Geld in Form von Verwahrgebühren. Das Ausweichen in andere Assetklassen, in denen höhere Erträge prognostiziert werden, muss mit hohem Risiko bei möglicherweise nicht risikoadjustierten Preisen bezahlt werden.

Der Start ins Jahr 2016 hat dazu bereits einen ersten Vorgeschmack geliefert, als bereits in der ersten Handelswoche im Januar der DAX 8,3% verloren hatte. Starke Kursbewegungen werden in allen Märkten in 2016 zu erwarten sein. In groben Worten wird sich wohl auch in 2016 fortsetzen, was sich schon 2015 abzeichnete: die fetten Jahre sind vorbei.

6.1 Kassen- und Steueramt, Abteilung 1, Finanzierungsmanagement und Kasse, Assetmanagement

Im abgelaufenen Jahr konnten die im Finanzanlagenbericht 2014 genannten Planungen weitgehend umgesetzt werden. Sie haben sich unter der Prämisse „Hohe Sicherheit“ als erfolgreich erwiesen, es gab keine Zahlungsausfälle im Portfolio. In der aktuellen Situation haben sich international z. B. Staatsanleihen guter Schuldner von „risikolosen Zinstiteln“ verwandelt in „zinslose und negativ verzinsten Risikotitel“. Für sicherheitsorientierte Anleger herrscht weiter Anlagenotstand und viele Alternativen (sowohl andere Schuldner wie auch andere Marktsegmente) werden als zu risikoreich erachtet. Dieser Trend aus 2014 und 2015 hat sich bisher auch in 2016 fortgesetzt, zum Teil noch deutlich verschärft.

Wir schätzen die Risiken möglicher Zahlungsausfälle auch bisher vermeintlich sicherer Schuldner und die Eintrittswahrscheinlichkeit von bisher als unmöglich betrachteten Entwicklungen (die berühmten „Schwarzen Schwäne“) immer noch als hoch ein und halten es daher auch weiterhin für sinnvoll, Ausfallrisiken weiträumig aus dem Weg zu gehen. Zwar ist in den Märkten inzwischen eine gewisse Beruhigung eingetreten, unliebsame Überraschungen im Zusammenhang mit Finanz- und Schuldenkrisen sind aber noch nicht auszuschließen. Deshalb wird der eingeschlagene Kurs mit hoher Betonung des Aspektes „Sicherheit“ bei den Finanzanlagen auch für das laufende Jahr beibehalten. Zusätzlich sind die Renditen vieler Anlageklassen infolge eines verbreiteten Anlagenotstandes derart stark abgesunken, dass von einer risikoadjustierten Preisgestaltung und einem angemessenen Ertrag nicht mehr die Rede sein kann.

Schwerpunktmäßig soll in der Eigenanlage weiterhin in Bundes- und Länderanleihen sowie Pfandbriefe investiert werden. Dies gilt, soweit der Anlagehorizont dies zulässt. Durch das niedrige Zinsniveau lässt sich diese Anlagepolitik momentan aber nur schwer umsetzen, da sich die Renditen bei Staatsanleihen bis zehn Jahren inzwischen im negativen Bereich bewegen, bei Pfandbriefen können positive Renditen erst in Laufzeitbereichen ab fünf Jahren erzielt werden. In vielen Fällen muss in den Festgeldbereich ausgewichen werden. Insgesamt ist der Anteil im als absolut sicher betrachteten Bereich der Staatsanleihen auf knapp 29% des Portfolios gesunken, während sich die Anlagen im einlagengesicherten Bereich von 23,6% auf 28% des Portfolios der Eigenanlage erhöht haben. Den Hauptteil des Portfolios stellen Pfandbriefe mit 43% des Bestandes. Der Trend hin in Geldmarktanlagen wird sich fortsetzen, da sichere Schuldtitel zunehmend mit negativer Verzinsung handeln. Laut Haushaltsplanung ist zudem mit einem Absinken des Gesamtbestandes an Finanzanlagen zu rechnen, da Liquidität für anstehende Investitionen benötigt wird. Diese Mittel müssen kurzfristig verfügbar sein.

Auch in 2015 wurden Finanzanlagen im Immobilienbereich durchgeführt. Dies betraf Mittelbereitstellungen über den Ankauf von Schuldscheindarlehen von städtischen Wohnungsbaugesellschaften (Zweck: Erhöhung des Wohnungs-

neubaus). Dieser Prozess wird auch in 2016 fortgesetzt. Gleichzeitig kann es auch zu Ankäufen im Rahmen strategischer Entscheidungen oder der Ausübung von Vorkaufsrechten nach BauGB kommen.

Die Planungen für die Fristigkeiten und Volumina der Anlagen werden auch zukünftig von der regelmäßig stattfindenden Anlagekonferenz unter Einbeziehung der betroffenen Referate wie auch vom Jahresabschluss abhängen. In den Anlagekonferenzen werden zukünftige Mittelzuführungen und -abführungen geplant und die spätere Anlage der Mittel abgestimmt. In einigen Portfolien findet ein permanenter Austausch mit den verantwortlichen Betreuern der Referate über die konkreten Anlageinstrumente und -laufzeiten statt.

Bei der Mittelanlage im Stiftungsbereich muss stark auf die rechtlichen und steuerrechtlichen Implikationen geachtet werden. Um den vom Stiftungsrecht geforderten realen Kapitalerhalt darstellen zu können, müssen die erwirtschafteten Erträge neben der Förderung des Stiftungszwecks auch zur Substanzerhaltung des Grundstockkapitalvermögens beitragen. Deshalb ist bei einer Anlage des Vermögens in Werten, die der Inflation unterliegen, z. B. Geldvermögen, ein Inflationsausgleich zu schaffen. Dazu wird bis zu der nach Steuerrecht erlaubten Höhe ein Drittel der erwirtschafteten Erträge dem Grundstockkapitalvermögen zugeführt. Für den Erhalt der Gemeinnützigkeit sind Stiftungen verpflichtet, die Erträge zeitnah für den Stiftungszweck auszugeben. Vor diesem Hintergrund wird dieser Teil im Geldmarktbereich angelegt, um die zeitnahe Verfügbarkeit darstellen zu können. Der geforderte reale Kapitalerhalt ist vor allem unter den geltenden Prämissen des Steuerrechtes inzwischen in Frage gestellt, da sich die erzielbaren Realrenditen im negativen Bereich bewegen. Zunehmend schwieriger wird auch die Erwirtschaftung ausreichender Erträge im Hinblick auf die Erreichung des Stiftungszweckes. Hier wird in Abstimmung mit den Aufsichtsbehörden die Zulässigkeit von Mittelanlagen in anderen Anlageklassen wie z. B. Fonds oder alternativen Investments geprüft.

Allgemein ist zu erwarten, dass die Durchschnittsrenditen im Gesamtportfolio aufgrund des gesunkenen Zinsniveaus trotz der schwächeren Gewichtung des staatlichen Sektors auch 2016 weiter deutlich zurückgehen werden. Fällig werdende Wertpapiere mit hohen Kupons aus vergangenen Jahren können nicht mit gleichen Renditen ersetzt werden. Weiterhin sind bei wieder ansteigenden Zinsen Buchwertberichtigungen aufgrund der in Folge zurückgehenden Rentenkurse nicht auszuschließen. Wegen der steilen Zinskurve bringen kurzlaufende Anlagen im Moment einen relativ geringen Ertrag, schützen aber vor Kursverlusten bei Zinsanstieg und ermöglichen ein schnelles Reagieren auf Marktänderungen. Deshalb wird eine gewisse Liquiditätsreserve kurz im Geldmarkt gehalten.

Wie schon in den vergangenen Jahren werden wir auch 2016 wieder mit dem Effekt der „Über-Pari“-Anleihen konfrontiert werden. Ältere Emissionen, die im Sekundärmarkt gehandelt werden, weisen Kupons auf, die über der aktuellen Markttrendite liegen, dies wird durch Kurse ausgeglichen, die über dem Rückzahlungskurs von 100%

und damit „Über-Pari“ liegen. Dieser Kurs schmilzt im Zeitverlauf idealtypisch auf den Rückzahlungswert ab. Bei der Einlösung entsteht damit buchhalterisch ein Einlösungsverlust, dem über die Laufzeit aber entsprechend höhere Zinserträge gegenüberstehen. Diese gebuchten Kursverluste sind also nicht „echten“ Kursverlusten gleichzusetzen. Da „Unter-Pari“-Anleihen mit vergleichbaren Marktrenditen als Anlagealternative oft nicht zur Verfügung stehen, werden auch weiterhin derartige Titel ausgewählt werden müssen und damit auch Kursverluste während der Laufzeit bzw. zum Einlösungszeitpunkt in der Bilanz auftauchen.

6.2 Kassen- und Steueramt, Abteilung 1, Finanzierungsmanagement und Kasse, Cash Management

Die Schwankungsbreite des Kassenbestandes ist während des Jahres beträchtlich. Zu den Hauptsteuerterminen (= Mitte der Quartale) steigt der Kassenbestand stets deutlich an; in den folgenden Wochen wird dieser Anstieg wieder aufgezehrt.

Da das Cash Management für die Sicherstellung der kurzfristigen Zahlungsbereitschaft der LHM zuständig ist, bleiben wenige Möglichkeiten Anlagestrategien zu entwickeln. Im Vordergrund steht die bedarfsgerechte Verfügbarkeit der Gelder, um den finanziellen Verpflichtungen termingerecht nachkommen zu können.

7.1 Berichtsauftrag

Mit Stadtratsbeschluss vom 18./19.12.2007 wurde die Stadtkämmerei u. a. beauftragt, im Rahmen des Städtischen Rechnungswesens jährlich über die Anlagestruktur und den Anteil ethischer und ökologischer Geldanlagen zu berichten. Entsprechend Ziff. 5 des Referentenvortrages zum Beschluss vom 17./18.03.2009 „Überprüfung des Finanzmanagements der Stadtkämmerei und Schlussfolgerungen“ erfolgt dieser Bericht nicht im Rahmen des Städtischen Rechnungswesens sondern als integraler Bestandteil des hiermit vorgelegten Finanzanlagenberichts.

7.2 Fondsentwicklung

Das Kalenderjahr 2015 zeigte erneut eine leicht positive Wertentwicklung erstklassig bewerteter Staatsanleihen in Kombination mit höheren Risikoaufschlägen für Unternehmensanleihen. So erzielten 10-jährige deutsche Staatsanleihen eine durchschnittliche Wertentwicklung von +0,74%, wohingegen europäische Unternehmensanleihen mit Investment-Grade-Rating („BBB-„ oder besser) eine durchschnittliche Wertentwicklung von -0,66% aufwiesen.

Die sehr konservative Auswahl von Anleihen mit kurzer Restlaufzeit und Rücksicht auf ethische, nachhaltige und ökologische Gesichtspunkte im Spezialfonds führte zu einem noch leicht positiven Ergebnis von +0,11%.

Auch in 2015 hat sich die Ausrichtung des Portfolios mit hochwertiger Ratingstruktur ausgezahlt und für eine stabile Entwicklung in einem schwierigen Marktumfeld gesorgt. Die kurze verbliebene Restlaufzeit des Portfolios lässt das zu erwartende Ergebnis dabei näher an das derzeitige, sehr niedrige Zinsniveau heranrücken.

Alle im Fonds enthaltenen Anlagen verfügen per 31.12.2015 über ein ESG Rating im obersten Bereich, wobei 43,37% der Unternehmensanleihen mit der höchsten Ratingstufe (A) und 56,63% mit B bewertet sind. Die im Portfolio enthaltenen Staatsanleihen haben alle ein „A“-Rating.

Bei einer Performance seit Auflage von 2,77% p.a. belief sich das Fondsvermögen per 31.12.2015 auf 61,246 Mio. €.

Neben dem bereits nach ethischen, ökologischen und nachhaltigen Kriterien gemanagten Spezialfonds haben wir ab dem 01.01.2016 bei einem weiteren Spezialfonds eine Nachhaltigkeitskomponente eingezogen. Entsprechend den zwischen der Landeshauptstadt München und der Fondsgesellschaft vereinbarten Nachhaltigkeitskriterien überprüft das Fondsmanagement Wertpapiere nicht nur vor dem Erwerb, sondern auch laufend auf die Einhaltung dieser Vorgaben. Bei Verletzung eines oder mehrerer Kriterien werden diese Papiere aus dem Bestand entfernt und durch nachhaltigkeitskonforme Anlagen ersetzt.

Anlagebestand, durchschnittlicher

Die im Bericht angegebenen durchschnittlichen Anlagebestände errechnen sich aus dem Durchschnitt der Anfangs- und Endbestände.

Anlagehorizont

Der Zeitraum, für den eine bestimmte Summe Geld zur Anlage zur Verfügung steht. Der Anlagehorizont kann von wenigen Tagen bis hin zur Langfristanlage von 30 Jahren reichen.

Anlagestruktur

Unter Berücksichtigung des zugelassenen Anlageuniversums wird das Portfolio unter gewissen Gesichtspunkten wie z. B. Sicherheit, Liquidität, Haltedauer etc. strukturiert und die einzelnen Anlagen so aufeinander abgestimmt, dass es im Portfolio zu einer gewünschten Zielstruktur führt.

Anlageuniversum

Gesamtheit der zugelassenen bzw. möglichen Anlagen. Die Definition kann verschiedene Sektoren, Produkte, Märkte oder Währungen etc. umfassen.

Anschaffungswert

Der Kurs, zu dem ein Wertpapier gekauft wurde. Zu diesem Zeitpunkt ist der Anschaffungskurs gleich dem Buchwert des Papiers.

Bestandsveränderungen

Saldo aus Ab-/Zuführungen im Rahmen von Jahresabschlussbuchungen, Kursgewinnen/-verlusten, Wertberichtigungen, Steuererstattungen, Zinszahlungen.

Buchwert

Beim erstmaligen Kauf eines Wertpapiers ist der Buchwert gleich dem Anschaffungswert. Der Buchwert kann sich durch Abschreibungen und Zuschreibungen nach Maßgabe der KommHV-Doppik ändern.

Cash-Flow

Zahlungsstrom, der in der Vermögensanlage z. B. durch Zinszahlungen, Käufe oder Verkäufe und Fälligkeiten von Finanzanlagen ausgelöst wird.

Doppik

Abkürzung für „kaufmännische Doppelte Buchführung in Konten“. Bei der LHM wurde das Rechnungswesen zum 01.01.2009 auf Doppik umgestellt.

Einlagensicherung

Einlagensicherung ist die Bezeichnung für die gesetzlichen und freiwilligen Maßnahmen zum Schutz der Einlagen (Bankguthaben) von Kunden bei Kreditinstituten im Falle der Insolvenz.

Einlagefazilität

Eine Einlagefazilität ist eine Möglichkeit für Geschäftsbanken im Euroraum, kurzfristig nicht benötigtes Geld bei der EZB anzulegen. Als Verzinsung erhalten sie den von der Zentralbank vorgegebenen Einlagesatz.

Environment Social Governance (ESG)

ESG ist die englische Abkürzung für „Environment Social Governance“, also Umwelt, Soziales und Unternehmensführung. Der Begriff ist international in Unternehmen als auch in der Finanzwelt etabliert, um auszudrücken, ob und wie bei Entscheidungen von Unternehmen und der unternehmerischen Praxis sowie bei Firmenanalysen von Finanzdienstleistern ökologische und sozial-gesellschaftliche Aspekte sowie die Art der Unternehmensführung beachtet beziehungsweise bewertet werden. Viele Rating- und Research-Agenturen für Nachhaltigkeit arbeiten mit dem ESG-Ansatz.

Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF)

Die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (kurz EFSF, englisch European Financial Stability Facility) ist eine Aktiengesellschaft nach luxemburgischem Recht mit Sitz in Luxemburg und dient als provisorischer vorläufiger Stabilisierungsmechanismus. Sie wurde am 07.06. 2010 gegründet und am 04.08.2010 voll handlungsfähig. Zum 30.06.2013 ist diese Fazilität ausgelaufen und wurde vom Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) abgelöst.

Europäische Investitionsbank (EIB)

Die EIB ist die Bank der Europäischen Union. Sie gehört den EU-Mitgliedstaaten und vertritt deren Interessen. Dabei arbeitet sie eng mit den EU-Organen zusammen, um die Politik der EU umzusetzen.

Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM)

Der Europäische Stabilitätsmechanismus (kurz ESM, englisch European Stability Mechanism) ist eine internationale Finanzinstitution mit Sitz in Luxemburg. Er trat am 27.09.2012 mit der Hinterlegung der deutschen Ratifikationsurkunde beim Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union in Kraft. Der ESM ist seit dem 01.07.2013 (Ablösung der EFSF) die einzige Institution für die finanzielle Unterstützung von überschuldeten Mitgliedstaaten der Eurozone. Um die Zahlungsunfähigkeit dieser Mitgliedstaaten zu verhindern, reicht der ESM Notkredite und Bürgschaften aus.

Kapitalanlagegesellschaft

Unter einer Kapitalanlagegesellschaft (KAG) versteht man ein Unternehmen (in Deutschland in Form einer GmbH oder AG), das Investmentfonds auflegt und verwaltet.

Kurswert

Aktueller Wert, zu dem ein Wertpapier im Moment gekauft oder verkauft werden kann.

Laufzeit

Nach der üblichen Abgrenzung lassen sich kurzfristige (bis 1 Jahr), mittelfristige (1 bis 5 Jahre) und langfristige (mehr als 5 Jahre) Laufzeiten unterscheiden. Bei Anlageentscheidungen ist vor allem die verbleibende Restlaufzeit bis zum Fälligkeitsdatum von Bedeutung.

Nominalwert

Auch Nennwert genannt. Bei festverzinslichen Wertpapieren und variabel verzinslichen Papieren ist der Nennwert gleich der Summe, die der Emittent dem Inhaber des Papiers schuldet und die er ihm am Ende der Laufzeit zurückzahlt.

Performance

Gesamtertrag einer Kapitalanlage. Sie wird über eine bestimmte Referenzperiode unter Berücksichtigung der Ertragnisausschüttungen und Marktwertveränderungen berechnet und in Prozent ausgedrückt. Diese Kennzahl wird ermittelt, um verschiedene Anlagen miteinander vergleichbar zu machen.

Portfolio

Gesamtheit der Anlage in Wertpapieren, Kontoguthaben, Termingeldern und anderen Anlagen. Das Gesamtportfolio kann zur Untergliederung in verschiedene Einzelportfolios aufgespalten werden, um eine Feinsteuerung der einzelnen Bestände zu ermöglichen.

Rating

Ein Rating oder Kreditrating (englisch für „Bewertung“ oder „Einschätzung“) ist im Finanzwesen eine Einschätzung der Bonität eines Schuldners. Häufig werden die Ratings durch eigens hierauf spezialisierte Ratingagenturen in Form von Ratingcodes von AAA (beste Einschätzung) bis D (= Zahlungsausfall) vergeben. Bekannte Ratingagenturen sind z. B. Standard & Poor's, Moody's und Fitch. Deutschland verfügt z. B. bei allen drei genannten Ratingagenturen über das bestmögliche Rating von AAA.

Rendite

Es wird das Verhältnis zwischen eingezahltem und ausgezahltem Kapital in Prozent beschrieben. Oft werden unrealisierte Bewertungsteile (z. B. Kursgewinne) bei der Renditeberechnung nicht einbezogen, sondern eine Rendite auf Endfälligkeit berechnet.

Stiftungen, Grundstockkapitalvermögen

Teil des Gesamtvermögens einer Stiftung, an den Grundsatz gebunden, dieses auf Dauer und ungeschmälert zu erhalten.

Stiftungen, selbständige

Von der LHM verwaltete rechtsfähige Stiftungen, die ausschließlich öffentliche Zwecke erfüllen und eine eigene Rechtspersönlichkeit besitzen. Es gelten die Bestimmungen des Bayerischen Stiftungsgesetzes.

Stiftungen, unselbständige

Von der LHM verwaltete nicht rechtsfähige Stiftungen. Die GO regelt u. a. in Art. 84 und 85 die Verwaltung dieser Stiftungen. Das Vermögen der unselbständigen Stiftungen ist getrennt vom städtischen Vermögen zu verwalten.

Tendergeschäft

Instrument der Offenmarktpolitik der EZB. Banken können sich gegen die Stellung von Sicherheiten liquide Mittel in Form von Zentralbankgeld beschaffen. Die Konditionen werden in eigenen Tenderverfahren (Mengentender, Zinstender, spezielle Regelungen) festgelegt.

Thesaurierung

Bei einer Kapitalanlage erfolgt keine laufende Zinszahlung, sondern es wird der angesammelte Zins in einer Summe zu einem bestimmten Zeitpunkt ausgezahlt (z. B. bei Endfälligkeit) oder bei thesaurierenden Investmentfonds dem Fondsvermögen zugeschlagen.

Zinseinnahme

Vom Schuldner zu entrichtende Vergütung für die Überlassung von Kapital innerhalb eines bestimmten Zeitraums zu einem bestimmten Zinssatz. Als Einnahmen werden alle im Berichtszeitraum zugeflossenen Beträge erfasst.

Zinsertrag

Vergütung für die Kapitalüberlassung, die bilanziell durch eine periodengerechte Abgrenzung dem betreffenden Berichtszeitraum zugeordnet wird.

Tilgungs- und Investitionsreserve

Die Tilgungs- und Investitionsreserve wurde 2011 aus der Allgemeinen Finanzreserve gebildet und soll dazu beitragen, die städtischen Schulden zu vermindern oder zumindest einen Anstieg der Verschuldung abzumildern.

Freiwillige FR Pensionen

Die freiwillige FR Pensionen wurde im Jahr 2000 für alle ab diesem Zeitpunkt neu eingestellten Beamten/Beamtinnen eingerichtet. Sie dient zur Absicherung wachsender Risiken bei der Finanzierung der Beamtenversorgung. Der Stadtrat hat die darin dotierten und investierten Mittel freiwillig und ohne gesetzliche Verpflichtung reserviert.

FR Entwicklungsmaßnahmen

FR Entwicklungsmaßnahme Projekt Freiham

Die FR dient der finanziellen Abwicklung des Projektes Freiham (benannt nach dem benachbarten Gutshof), die neben der Messestadt Riem und der Nordhaide zu den besonderen Siedlungsmaßnahmen in München gehört. Freiham ist eine der wichtigsten Maßnahmen zur Stadt- und Siedlungsentwicklung der LHM.

FR Maßnahmeträgerschaft Riem

Die FR für die Siedlungsmaßnahme Riem wurde 1994 eingerichtet. Sie dient der städtebaulichen Entwicklung des ehemaligen Flughafengeländes München-Riem, die im Rahmen einer Maßnahmeträgerschaft realisiert wird.

FR Entwicklungsmaßnahme Ackermannbogen

FR Entwicklungsmaßnahme Nordhaide

FR Entwicklungsmaßnahme Domagkpark (ehemals Funkkaserne)

Diese drei Finanzreserven dienen der finanziellen Abwicklung der jeweiligen städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen. Für diese Maßnahmen bestehen vertragliche Verpflichtungen gegenüber dem Bund, alle mit der Entwicklung zusammenhängenden Einnahmen und Ausgaben nachzuweisen.

FR Altersteilzeit

In der 1999 eingerichteten FR Altersteilzeit werden Mittel angesammelt, um die Zahlungen in der Freistellungsphase der Altersteilzeitbeschäftigten sicher zu stellen.

FR Sozialgerechte Bodennutzung (SoBoN)

Eine erstmalige Dotierung der FR erfolgte 1995. In den jeweiligen städtebaulichen Verträgen verpflichten sich Grundstückseigentümer im Zusammenhang mit der Schaffung von Baurecht, bestimmte Beträge an die Stadt zu leisten. Diese sind von der Stadt z. B. als Finanzierungsbeitrag zur sozialen Infrastruktur, zur Erweiterung von Kindertagesstätten, Kinderhorten oder Grundschulen zweckgebunden zu verwenden.

FR Stellplatzablöse nach BayBO

Die FR Stellplatzablöse nach BayBO gründet rechtlich auf Art. 47 BayBO i.d. Fassung v. 14.08.2007. Danach kann die Verpflichtung zum Bau oder zum Kauf von Stellplätzen unter bestimmten Voraussetzungen durch eine Zahlung an die Gemeinde abgelöst werden. Die Gemeinde wiederum ist verpflichtet, die erhaltenen Beträge für bestimmte Vorhaben (z. B. Bau von Garagen, Instandhaltung von Stellplätzen usw.) zu verwenden. Die Neufassung des Art. 47 BayBO (vormals Art. 52, 53 BayBO) gestattet zudem eine weitere Verwendung für Parkeinrichtungen und sonstige Maßnahmen zur Entlastung von ruhendem Verkehr einschließlich investiver Maßnahmen des ÖPNV.

FR Gesetzliche Versorgungsrücklage

Die gesetzliche Versorgungsrücklage wurde durch das Bayerische Versorgungsrücklagengesetz vom 26.07.1999 begründet und durch Stadtratsbeschluss vom 05.10.1999 umgesetzt. Gemäß Art. 3 des Gesetzes dient die Rücklage der Sicherung von Versorgungsaufwendungen. Die Mittel der gesetzlichen Versorgungsrücklage sind zweckgebunden. Mit Einführung der Doppik entfiel ab 2009 die gesetzliche Verpflichtung. Die Finanzreserve wird seitdem im Einvernehmen zwischen Stadtkämmerei und Personal- und Organisationsreferat freiwillig weiter geführt.

FR SWM Innenstadtbüros

Die LHM hat ehemalige Gebäude der Stadtwerke München GmbH auf die Dauer von 25 Jahren angemietet. Der Miet-(Leasing-)Vertrag enthält ein Ankaufsrecht zu Gunsten der Mieterin. Zur Finanzierung des Optionspreises für einen evtl. Ankauf 10 Jahre nach Mietbeginn und danach alle 5 Jahre bis zum Ende der Mietzeit, wurde 2003 die FR SWM Innenstadtbüros eingerichtet. Durch den Ankauf der betroffenen Immobilien wurde die FR obsolet und gem. Stadtratsbeschluss vom 21.10.2015 der Tilgungs- und Investitionsreserve zugeordnet.

FR Olympia Ruderregatta-Anlage

Der Bund hat seine Verpflichtung für Unterhaltsleistungen an der Olympia Ruderregatta-Anlage auf die LHM übertragen und hierfür eine Abfindung in Höhe von rund 6,8 Mio. DM gezahlt. Aus der 1993 eingerichteten FR sind die anfallenden Betriebs- und Unterhaltskosten sowie die Aufwendungen für den Bauunterhalt des Leistungszentrums für Rudern und Kanu zu bestreiten.

Bestandsentwicklung – Finanzreserven			
	Jahresabschluss 2013	Jahresabschluss 2014	Jahresabschluss 2015
	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015
Tilgungs- und Investitionsreserve	336.792.677 €	336.876.576 €	345.956.965 €
Freiwillige FR Pensionen	407.705.695 €	413.891.509 €	422.136.942 €
FR Entwicklungsmaßnahmen	154.672.518 €	231.437.901 €	338.646.597 €
FR Altersteilzeit	40.921.646 €	29.593.319 €	27.896.944 €
FR Sozialgerechte Bodennutzung (SoBoN)	43.150.240 €	49.540.030 €	56.311.960 €
FR Stellplatzablöse nach BayBO	76.651.047 €	97.463.402 €	87.330.578 €
FR Gesetzliche Versorgungsrücklage	71.353.511 €	81.533.610 €	91.859.699 €
FR SWM Innenstadtbüros	8.865.392 €	9.132.974 €	0 €
FR Olympia Ruderregatta-Anlage (LZM)	3.731.282 €	3.770.966 €	3.689.772 €
Summe Finanzreserven	1.143.844.008 €	1.253.240.287 €	1.373.829.456 €

Bestandsentwicklung – Gesamtportfolio			
Finanzreserven	1.143,8 Mio. €	1.253,2 Mio. €	1.373,8 Mio. €
Treuhandvermögen	275,2 Mio. €	280,7 Mio. €	282,1 Mio. €
Stiftungen	252,3 Mio. €	263,1 Mio. €	268,6 Mio. €
Summe Gesamtportfolio	1.671,3 Mio. €	1.797,1 Mio. €	1.924,5 Mio. €

Erlösentwicklung – Gesamtportfolio			
Zinseinnahmen	28,9 Mio. €	23,6 Mio. €	17,9 Mio. €
Zinseinnahmen aus Kommunalfonds (Thesaurierung)	6,9 Mio. €	7,5 Mio. €	7,9 Mio. €
Summe Zinseinnahmen	35,8 Mio. €	31,1 Mio. €	25,8 Mio. €

Entwicklung – Geldanlagen Kasse			
Geldanlagen	480,6 Mio. €	979,8 Mio. €	601,9 Mio. €
Zinseinnahmen	4,9 Mio. €	4,8 Mio. €	5,4 Mio. €

Herausgeberin

Landeshauptstadt München
Stadtkämmerei
Kassen- und Steueramt
Herzog-Wilhelm-Str. 11
80331 München

Verantwortlich

Dietmar Güntner
Kassen- und Steueramt, Abteilung 1
Finanzierungsmanagement und Kasse

Gestaltung

dm druckmedien gmbh, München

Druck

Stadtkanzlei

Nachdruck, Vervielfältigung und digitale
Nutzung – auch auszugsweise – nur mit
Genehmigung der Landeshauptstadt München.

Gedruckt auf Recyclingpapier.

